

1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Union bleibt weiterhin gespalten . Eine Einigung ist nicht in Sicht. E-Zigarettegegner wie MdB Kovac merken jedoch, dass die aktuelle Regulierung die Position von Tabak fördert. Aufklärungsbedarf : In der SPD ist nur eine Minderheit für die Belange der E-Zigarette sensibilisiert.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Linke bleibt der einzige Partner im Bundestag . Jedoch schwächen MdB Tempels (DIE LINKE) Aussagen für ein Werbeverbot die Position der E-Zigarette. Die Grünen halten sich weiterhin bedeckt.	
Bundesrat, Bundesländer	Die Länder haben sich seit Juli nicht offiziell mit der E-Zigarette befasst . Mit den neuen Regierungskoalitionen in Berlin und Schwerin wird das eher skeptisch veranlagte Mitte-Links-Lager im Bundesrat gestärkt. Seine Relevanz bei „Zustimmungsgesetzen“ steigt weiter.	
Verwaltung	Die deutsche Ministerialverwaltung zeigt von sich aus weiterhin wenig Einlenken für die Belange der E-Zigarette. Impulse zu Änderungen des Regulierungskurses kommen eher von außen (EU, Lobby).	
Fachcommunity	Balance : Die Fachcommunity sendet im Beobachtungszeitraum positive Botschaften, die international Gehör finden (z.B. Cochrane-Studie). Regulierungsansätze in Polen und Portugal setzen jedoch einen Gegenpol – auch zu Positivmeldungen britischer Statistiker (ggf. besser: Wissenschaftler?).	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 20.09.2016

Meldung: Das BMEL hat einen Entwurf für eine dritte Änderungsverordnung zur Tabakerzeugnisverordnung (3. ÄndV TabakerzV) vorgelegt. Es handelt sich um eine Klarstellung im Kontext der Novellierung des Chemikalienrechts (CLP-Verordnung der EU und deutsches Chemikaliengesetz). Das BMEL beabsichtigt das Spezialitätsprinzip (spezielle vor allgemeiner Regelung) und Ordnungsprinzip (jüngere vor älterer Regelung) zu nutzen. Der aktuelle Entwurf sieht bzgl. [§26 Abs.1](#) (Beipackzettel) und [§27 Abs.2](#) (Warnhinweise) TabakerzV keine weiteren Anforderungen an die Kennzeichnung von E-Zigaretten vor.

Ferner lädt das BMEL zu einer Gesprächsrunde am 27.10.2016 über die geplante „Negativliste“ von Inhaltsstoffen in Tabak und E-Zigarette. Neben dem BfTG sind u.a. VD-EH, Tabakverbände, BLL und HDE geladen. Bezeichnend ist die Abwesenheit von Tabakgegnern.

Zum Weltkindertag betont Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU, MdB) erneut ihre Entschlossenheit, den Schutz von Heranwachsenden vor Passivrauch zu stärken. Sie und ihre Bündnispartner nutzen über 6000 Kinderarztpraxen als „Botschafter“.

Einordnung/Empfehlung: Es ist davon auszugehen, dass das BMEL vor dem Gespräch Impulse seitens der Tabakkritiker einholen bzw. von diesen angesprochen wird. Es wird eine

aktive Teilnahme mit einem Redner sowie der Versand eines Positionspapiers (besser: einer schriftlichen Stellungnahme?) in der Vorwoche der Veranstaltung empfohlen – insbesondere aufgrund des Alleinstellungsmerkmals „Unabhängigkeit von der Tabakindustrie“.

Quelle: kinderaerzte-im-netz.de, Hintergrundgespräch

2.2. Bundestag (siehe auch Punkt 2.3)

Datum: 21.09.2016

Meldung: Auf einer Veranstaltung des Blogs „Egarage“ tauschten sich Politiker wie Wissenschaftler aus. Die Meinungen gingen hier auseinander:

[Kordula Kovac](#) (MdB, Landwirtschaftsausschuss, CDU) wies auf den Mangel an Langzeitstudien hin. Ihre Position scheint gefestigt: Sie hält die E-Zigarette für generell schädlich und vertritt die Gateway-These. Daher plädiert sie für Werbeverbote. Kovac hat eingesehen, dass die aktuelle Regulierung die Position der Tabakbranche ggü. der E-Zigarette zementiert, sieht aber bislang keinen Anlass den Regulierungskurs zu ändern.

[Marcus Held](#) (MdB, Wirtschaftsausschuss, SPD): berichtete von Kontakten zu Dampfern und Shop-Inhabern aus dem Wahlkreis, die ihn auf das Regulierungsproblem aufmerksam gemacht hätten. Die E-Zigarette erscheint ihm als eine Chance für Raucher zum Tabakstopp, der die aktuelle Regulierung entgegenstehe. Daher bedürfe es weiterer Studien, die es zu finanzieren gelte. Held sprach sich für Aufklärung statt weiterer Verbote und gegen das Werbeverbot aus. Er sieht Dampfen und Rauchen als klar getrennte Sachverhalte an. Laut Held sind 10% der SPD-Fraktion für die Belange der E-Zigarette sensibilisiert.

[Frank Tempel](#) (MdB, Innenausschuss, DIE LINKE) ist als drogenpolitischer Sprecher seiner Fraktion für Werbeverbote (Tabak, E-Zigarette, Alkohol), deren Vorzug auf 2018 er begrüßen würde. Jedoch möchte er die Kundenkommunikation am Verkaufsort – Geschäft und Online-Handel – erlauben. Tempel positionierte sich als Verfechter des Harm Reduction-Ansatzes. Er wies auf die Bedeutung ausländischer Studien hin und plädiert für die Finanzierung weiterer Untersuchungen. Laut Tempel sind 60% seiner Fraktion sensibilisiert.

[Prof. Linda Bauld](#) (Universität Stirling) stellte in ihrem Vortrag Erkenntnisse zur E-Zigarette vor. Ihr zufolge sei kein Gateway-Effekt erkennbar, „Passivdampfen“ quasi nicht messbar. Sie stellte eine Korrelation zwischen dem steigenden E-Zigarettenkonsum und dem Absinken der Raucherquote in UK fest (siehe Reports 29, 17, 14-12).

Hinweis 1: Am Rande der Veranstaltung äußerte Jonny Natelberg (Leiter Corporate Affairs bei Lekkerland, jonny.natelberg@lekkerland.com) den Wunsch, den freien Verkauf im Einzelhandel zu erhalten. Dafür sei man zur Akzeptanz des Werbeverbots bereit. Die Tabakzigarette ist für Einzelhandel, Tankstellen etc. ein sehr wichtiger und lukrativer Verkaufsposten. In der Vergangenheit traten Handel und Tabak teilweise gemeinsam bzw. abgestimmt ggü. der Politik auf. Eine Neuauflage der Allianz wäre zuungunsten der E-Zigarette.

Hinweis 2: Es konnte beobachtet werden, dass BAT seine Position ggü. der „Egarage“ zum Eigenauftritt nutzte und sich als „Veranstalter“ darstellte.

Hinweis 3: Der VD-EH wird seine Medienarbeit verstärken. Ralf Drögemüller ist nun fester Mitarbeiter und übernimmt diese Aufgabe.

Einordnung/Empfehlung: Die Veranstaltung zeigt, dass die Tabakindustrie versucht, die Oberhand zu erhalten. Dem muss entgegengewirkt werden. Neben dem aktuellen Fokus auf

BAT darf PMI (iQOS!) nicht aus dem Auge verloren werden. Die Trennlinie geht durch Parteien und Fraktionen. Die Stakeholder ließen Handlungsansätze erkennen. Empfehlungen:

- a) Nach den Erfahrungen mit Held und Tempel: Verstärkte Ansprache von Wahlkreis-Politikern durch die BfTG-Mitglieder.
- b) MdBs und Fraktionsreferenten parteiübergreifend mit neuen Informationen zu Studien, Technik und Auswirkungen von Regulierungen informieren (z.B. Mailing, Newsletter, Versand von Info-Papern). Versand der Untersuchungen von UKE und Prof. Stöver zusammen mit einem Positionspapier des BfTG zur Einordnung. Themen: z.B. Harm Reduction/Inhaltsstoffe, Gateway Effekt, strikte Regulierungen helfen Tabak.
- c) Gezielte Unterstützung der Befürworter von freier Kundenkommunikation mit Argumenten und validen Hintergrundinformationen.
- d) Intensivierung der Medienarbeit in Abstimmung mit der Stakeholderkommunikation (s.o.)
- e) Ansprache von Natelberg und anderen Handelsrepräsentanten (z.B. HDE, Tankstellenverband, REWE, Metro-Gruppe) zur Sondierung von Gemeinsamkeiten und Differenzen.
- f) Stärkere Außendarstellung des BfTG als tabakunabhängiger Interessenverband.

Quelle: Hintergrundgespräche

Datum: 21.09.2016, 18.09.2016

Meldung: Die Unionsfraktion bleibt beim Tabakwerbeverbot gespalten. Derzeit ist ein klärendes Gespräch zwischen Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) und dem Wirtschaftsflügel geplant. Ein fester Termin steht noch nicht fest. So ist weiterhin alles offen. Ein erneuter Schlichtungsversuch von CSU-Landessgruppenchefin Gerda Hassfeldt (siehe Report 28) ist aufgrund der angespannten Lage in der CSU eher unwahrscheinlich.

Bei CDU/CSU und der SPD schwindet die Unterstützung der großen Koalition. Das wirkt sich auch auf die fraktionsübergreifende Kooperation bei kontroversen Themen. In der Vergangenheit arbeiteten Unions- und SPD-Abgeordnete bei Vorstößen zur Tabakregulierung zusammen, um diese gegen die jeweilige Fraktionsmeinung durchzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit zu derlei Maßnahmen nimmt ab.

Einordnung/Empfehlung: Die Abgeordneten werden versuchen, kontroverse Themen möglichst geräuschlos abzuarbeiten. Jedoch können umstrittene Issues an Dynamik gewinnen. Empfehlung: Unterstützung der Fürsprecher in der Unionsfraktion mit Argumenten und Fakten. Ansprache der FDP, bei der auch die anderen Verbände Kontakt suchen werden. Flankierend dazu Kontaktausbau bei SPD und Die Linke. Weiterhin Sondierung von Lage und Trends in den Fraktionen – auch bei den Grünen.

Quelle: Hintergrundgespräche

2.3. Bundesrat und Bundesländer (siehe auch Punkt 2.2)

Datum: 18.09.2016 , 13.08.2016

Meldung: Nach der Berlinwahl nimmt die Spannung in den Parteien nicht ab. Der Einzug von 6 Parteien in den Bundestag ist realistisch. Insbesondere Wahlkreisabgeordnete werden Themen zur Profilierung suchen. Dabei stehen sie im Spannungsfeld zwischen Wirtschafts-

politik/Arbeitsplätze und dem Wunsch der Bürger nach Gesundheitsschutz, wobei sie die E-Zigarette eher negativ bewerten.

Kurz vor der Wahlen in Berlin hatten sich alle großen Parteien im Abgeordnetenhaus relativ zufrieden mit dem Nichtraucherschutz gezeigt. Forderungen nach mehr Rauchverboten fanden nur bedingt Zustimmung (z.B. Spielplätze, Kliniken). Nur die CDU erwähnte die E-Zigarette: Die Union begrüßte das Verkaufsverbot an Minderjährige durch BMG und BMFSFJ.

Einordnung/Empfehlung: Die Wahl hat auch Auswirkung auf den Bundesrat. Die im Raum stehende Koalition von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen verschiebt die [Machtkonstellation im Bundesrat](#) weiter zugunsten des Mitte-Links-Lagers. Gerade hier ist die Position zu E-Zigarette fluide. SPD und Grüne sind unentschieden bis kritisch ggü. der E-Zigarette. Die Linke kann ihren pragmatischen Kurs bislang nicht durchsetzen. Die Union bleibt im Bund weiterhin die relevante Größe, aber ohne Agendasetting für die E-Zigarette. Mit Blick auf die Ressourcen wird empfohlen Lobbymaßnahmen in Schlüsseländern zu fokussieren, z.B. NW, HH, BW, BY. Zudem wird für Q4 2016 die Planung von Maßnahmen im Jahr 2017 bzgl. der Bundestags- und Landtagswahlen (NW, SL, SH) empfohlen (z.B. politische Positionierung ggü. Bundestagsparteien und FDP). Im Kontext der Landtagswahlen wird die Beobachtung der Koalitionsverhandlungen empfohlen.

Quelle: forum-rauchfrei.de

Datum: 14.09.2016

Meldung: Seit 2011 herrscht ein absolutes Rauchverbot in der saarländischen Gastronomie. Nun bereinigt die Landesregierung mit einer Novelle letzte Unklarheiten: Die seit 2010 in den Spielbanken installierten Raucherräume dürfen auch weiterhin genutzt werden, sofern dort kein gastronomisches Angebot herrscht. Innenminister Klaus Bouillon (CDU) betrachtet die Gesetzesänderung als „Klarstellung über die Reichweite des Nichtraucherschutzes“. Kritik kommt von den Grünen und der Piratenpartei. Das Gesetz ist noch nicht verabschiedet.

Einordnung/Empfehlung: Bei der Novelle handelt es sich um eine „kosmetische“ Änderung. Die Neuregelung für Spielbanken ähnelt den Regeln für Gastronomie und Spielbanken in anderen Bundesländern. Jedoch bringt die Novelle den Nichtraucherschutz wieder auf die politische Agenda. Dies birgt das Risiko, dass Nichtraucherschützer in den Landtagen die Gelegenheit zur Ausweitung der Regelungen auf E-Zigaretten nutzen. Es wird empfohlen, das Issue weiter zu beobachten und mittelfristig ein Paper über „Passivdampf“ vorzubereiten.

Quelle: sr.deq , scharf-links.de , landtag-saar.de (Gesetzentwurf)

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 13.09.2016

Meldung: Die französische Marktaufsichtsbehörde (DGCCRF) hat eine [Neuregelung](#) der aufzubringenden Warnhinweise vorgenommen. Künftig muss nur noch das Piktogramm „Ausrufezeichen“ (GHS-Symbol 07) statt „Totenkopf“ genutzt (GHS-Symbol 06) werden. Es handele sich um eine Anpassung an die Neuregelungen nach TPD2. Statt 3 gibt es in Frankreich künftig nur noch 2 Risiko-Einstufungen für Liquids (<0,25% und >0,25% Nikotin). Der Hintergrund liegt u.a. in der neuen Höchstmenge für Nikotin nach TPD2.

Einordnung/Empfehlung: Die Einstufung nimmt keine Stellung zur Risikowirkung des Liquids beim Dampfen. Es wird das Risiko z.B. durch Verschlucken oder dermale Aufnahme beschrieben. Es ist mit einem Positiveffekt zu rechnen, da das Totenkopf-Piktogramm deutlich negative Emotionen weckt. Der Schritt sollte nicht überinterpretiert werden. Immer noch mahnt der Warnhinweis vor erheblichen Gesundheitsgefahren. Empfehlung: Für den Fall, dass die deutsche Marktaufsicht andere Regeln aufstellen sollte, kann das französische Beispiel mit dem Verweis auf eine europaeinheitliche Vorgehensweise angeführt werden.

Quelle: economie.gouv.fr , vapingpost.com , baua.de (Übersicht zu GHS-Piktogrammen)

Datum: 13.09.2016 , 08.09.2016

Meldung: Seit dem 08.09.2016 ist der Online-Verkauf von Tabakprodukten und E-Zigaretten und nikotinhaltigen Liquids in Polen verboten. Der Handel mit E-Zigaretten und Nachfüllbehältern wurde dem Handel mit Tabakprodukten gleichgestellt. Sie können im Handel nur an Volljährige verkauft werden. Das Rauchverbot wurde auf E-Zigaretten ausgeweitet.

Portugal plant ein neues Tabakgesetz: Die bestehenden Konsumverbote für Tabak werden auf die E-Zigarette übertragen. Zudem sind Warnhinweise auf Packungen (30% der Außenfläche) vorgesehen. Aussagen über das geringere Risiko der E-Zigarette zu kommerziellen Zwecken sollen untersagt werden. Laut portugiesischen Medien begründet die Regierung den Vorstoß mit Nichtraucherschutz und dem Wunsch zur Reduzierung des Tabakkonsums. Die Verabschiedung des Gesetzes gilt wegen der aktuellen Regierungsmehrheit als sicher.

Einordnung/Empfehlung: Die beiden Ansätze bestätigen deutsche E-Zigarettengegner in ihrem Kurs und bieten ihnen ein Argument für eine strikte Regulierung: Schaffung einer möglichst einheitlichen EU-weiten Regulierung. Die Staaten bieten ferner Vorlagen für Konsumverbote und Werbebeschränkungen. Die Herausforderung: Die Tabakbranche setzte sich seiner Zeit gegen eine Anpassung der Regelungen in Deutschland an andere EU-Staaten ein. Dies hat bei einigen Stakeholdern nachhaltig Skepsis gegen nationale Alleingänge geschürt.

Empfehlung: Hinweis an deutsche Politiker und Multiplikatoren, dass das sog. „Goldplating“ den gesundheitspolitischen Zielen mehr schadet als nützt und letztlich die KMU schwächt. Dazu eignet sich neben Anhörungen (siehe Punkt 3), Politikergespräche sowie Hinweise an Journalisten auch die geplante Veranstaltung mit Referenten der Länder.

Quelle: shopbetreiber-blog.de , theportugalnews.com

Datum: 17.09.2016 , 10.09.2016

Meldung: Ein internes Papier des neuseeländischen Gesundheitsministeriums stuft die E-Zigarette zwar als weniger risikobehaftet als Tabak ein, sieht aber die Leistung der E-Zigarette beim Tabakstopp nicht belegt (S. 8). Ende Oktober berät das Kabinett über die nun beendete Konsultationsphase (siehe Report 27). In dem Paper schlägt das Ministerium Maßnahmen vor, die der TPD2 ähnlich sind, aber auch darüber hinaus gehen (z.B. Konsumverbote, S. 8f.). Ein Beweggrund ist die Angst vor der „Renormalisierung“ des Rauchens. Gerade verabschiedete das neuseeländische Parlament die Einführung des Plainpacks.

Experten wie Prof. Sweanor und Clive Bates, der sich in den USA für das Dampfen einsetzt, plädieren für die E-Zigarette in Neuseeland. Neuseeländische Wissenschaftler befürworten den Verkauf – z.T. mit strikten Auflagen (z.B. Apothekenverkauf) – und weitere Forschung.

Einordnung/Empfehlung: Die Beschäftigung der tabakkritischen Regierung mit der E-Zigarette ist bereits eine positive Nachricht. Denn bislang wurde die E-Zigarette strikter reguliert als nun angedacht. Bei einem Erfolg kann Neuseeland als Beispiel herangezogen werden. Denn die Region ist internationaler Vorreiter bei der Regulierung: In [Australien](#) stimmte das Parlament nun der Erhöhung des Zigarettenpreises bis 2020 auf 27€/Packung zu.

Quelle: radionz.co.nz , health.govt.nz (Paper)

2.5. Fachcommunity

Datum: 19.09.2016 , 15.09.2016

Meldung: Jugendliche bevorzugen E-Zigaretten ohne Tabakgeschmack, da sie bei diesen Produkten ein geringeres Risiko vermuten, so Forscher der Universität von North Carolina um Prof. [Kurt Ribisl](#). Daher seien Geschmacksrichtungen wie Menthol, Früchte (6mal mehr Interesse im Vergleich zu Tabak) usw. beliebt. Die Autoren regen weitere Studien an, um Beweggründe wie Aufmachung, Namen, Image und Geschmacksneuheiten besser zu verstehen. Werbeverbote werden abgelehnt. Die Autoren warnen zwar vor umfassenden Verboten von Aromen, geben aber zu bedenken, dass die Aromen das Probieren der E-Zigarette fördern. Sie regen als Ausweg nikotinhaltige E-Zigaretten mit bei Erwachsenen beliebten Aromen an.

Eine parallel veröffentlichte Studie des „Roswell Park Cancer Institute“ proklamiert ein Gesundheitsrisiko durch Aromen und bestätigt Risiken durch höhere Volt-Leistungen.

Einordnung/Empfehlung: Die Studien bestätigen Ansatzpunkte der E-Zigarettengegner – insbesondere im Kontext des BMEL-Gesprächs im Oktober (siehe Punkt 3). Sie bedienen Forderungen nach einer Begrenzung von Aromen. Es wird empfohlen, neueste Ergebnisse von Prof. Stöver (Frankfurt UAS) und des UKE – soweit verfügbar – Stakeholdern beim und im Vorlauf des BMEL-Gesprächs vorzustellen. Sollte bis dahin die Kleine Anfrage von Die Linke noch nicht erfolgt sein, ist MdB Tempel entsprechend zu informieren (Report 27ff.).

Quelle: tobaccocontrol.bmj.com (Studie), rti.org , tobaccocontrol.bmj.com (Studie), newswise.com

Datum: 15.09.2016 , 13.09.2016 , 12.09.2016

Meldung: Autoren von [Cochrane](#), einem internationalen Netzwerk von Wissenschaftlern und Ärzten, das sich an den Grundsätzen der evidenzbasierten Medizin orientiert, haben ihren [Bericht von 2014 zur E-Zigarette](#) überarbeitet. Es wurden weitere 11 Studien berücksichtigt. Die Autoren äußern sich weiterhin positiv zu E-Zigarette. „The randomized evidence on smoking cessation is unchanged since the last version of the Review. [...] but they [Anm. die zusätzlich gesichteten 11 Studien] contribute further information on the side effects of using electronic cigarettes to quit smoking. None detected any serious side effects, but longer term data are needed.“, so Lead-Autorin [Jamie Hartmann-Boyce](#).

Anders [Dr. Ute Mons](#) (DKFZ, siehe Report 29, 28): „Wir können E-Zigaretten nicht zum Rauchstopp empfehlen, weil es keine langfristigen Studien zur Effektivität gibt“. Dafür müssten Zeiträume von mehr als 2 Jahren betrachtet werden. Zwar könne man mittlerweile davon ausgehen, „dass E-Zigaretten im Vergleich zu herkömmlichen Zigaretten weniger gefährlich sind“, dennoch sehen die Kritiker Nachteile bei der E-Zigarette (Erhalt des „Rauch“-Rituals).

Zeitgleich schätzen ein Forscher des Londoner University College, dass 2015 in Großbritannien etwa 18.000 Personen durch die E-Zigarette langfristig tabakabstinent geworden sind. Ihnen zufolge stieg die Erfolgsrate der Tabakstoppversuche im Beobachtungszeitraum signifikant an, gleichzeitig wuchs der Anteil der Raucher, die regelmäßig auch E-Zigaretten konsumieren (auf 21.3%). Ebenso erhöhte sich die Nutzungsrate der E-Zigarette beim Rauchstopp (auf 35%). „These data suggest that our relatively liberal regulation of e-cigarettes is probably justified.“, so Prof. Robert West. Die Autoren bewerten die E-Zigarette zudem als „sicherer“ im Vergleich zur Tabakzigarette. [Britische Experten](#) sehen in den sinkenden Raucherzahlen den pragmatischen Umgang mit der E-Zigarette als Tabakersatz bestätigt.

Einordnung/Empfehlung: Das renommierte Netzwerk weist auf den Nutzen der E-Zigarette hin, ohne dabei wissenschaftliche Distanz zu verlieren. Dies stärkt die Glaubwürdigkeit der Aussagen. Die Meta-Analyse bietet sich als ein weiteres Gegengewicht zum DKFZ an.

Die UCL-Studie unterstreicht den Nutzen der E-Zigarette beim Tabakstopp und den Erfolg der pragmatischen E-Zigarettenpolitik in UK. [Bestätigung aus Schottland](#): 2015 stieg der E-Zigarettenkonsum weiter an während die Passivrauchbelastung von Kindern sank; [in UK](#) sank der Tabakkonsum derweil signifikant. Auch die Meinung der Nutzer untermauert die Studien: 53% der Konsumenten erhofft sich eine Unterstützung bei der Nikotinentwöhnung. 22% halten sie für weniger schädlich hält als Zigaretten, so die [britische Statistikbehörde](#) (05/2016). Es wird empfohlen, diese Untersuchungen z.B. bei Stakeholdergesprächen oder Veranstaltungen zu erwähnen und über den Blog zu verbreiten.

Quelle: [science20.com](#) , [nbcnews.com](#) , [irishhealth.com](#) , [medpagetoday.com](#) , [tagesspiegel.de](#) , [sueddeutsche.de](#) , [heilpraxisnet.de](#) , [arbeitskreis-krankenversicherungen.de](#) , [dradiowissen.de](#) , [bmi.com](#) (Studie UCL)

Datum: 15.09.2016

Meldung: Stiftung Warentest schreibt zur E-Zigarette. Im Artikel heißt es: „Der Zusatz süßer oder ungewöhnlicher Aromastoffe zu den Liquids, verbunden mit dem Image unschädlichen Rauchens, soll Konsumentengruppen ansprechen, die das traditionelle Rauchen ablehnen.“ Die Aussage steht im Kontext über das Konsumverhalten von Jugendlichen. Warentest weist darauf hin, dass Erkenntnisse über Risiken und Wirkung bei Tabakstopp nicht vorliegen.

Eine zeitgleich publizierte [Studie](#) der Universitäten von Kalifornien und Portland weist auf die schädliche Wirkung des Aromastoffs Zimtaldehyd in Liquids auf Zellen und Atemwege hin.

Einordnung/Empfehlung: Die z.T. überhitzte Medienberichterstattung wird auch von [Experten](#) kritisch gesehen. Auch wenn der Artikel möglichst abwägend formuliert ist, schwingt latent ein Zweifel an der E-Zigarette mit. Stiftung Warentest ist renommiert. Daher fallen die Aussagen ins Gewicht. Jedoch zeigen jüngere [Studien](#), dass nichtrauchend Jugendliche kaum zur E-Zigarette greifen. Empfehlung: Eine offizielle Anfrage der Stiftung Warentest bei BfTG-Mitgliedern (z.B. zu Produkttesten) bietet einen geeigneten Kontext für eine Klarstellung der Fakten. Eine direkte Ansprache der Stiftung kann zu einem ungewollten Agendasetting führen.

Quelle: [test.de](#)

Datum: 15.09.2016

Meldung: Anlässlich des Deutschen Lungentages weist die BZgA erneut auf die Gefahren des Passivrauchens hin. In diesem Kontext nennt sie nur den Tabakrauch. Die Bundeszentrale führt vor allem den Schutz von Heranwachsenden als Beweggrund an.

Einordnung/Empfehlung: Solche Statements gehören in diesem Kontext zum gewöhnlichen Auftreten der Gesundheitsakteure. Je mehr sie den Nichtraucherschutz thematisieren, desto mehr rückt er (wieder) in das Augenmerk von Politikern. Es wird empfohlen, Hintergrundpapiere über „Passivdampfen“ vorzubereiten und die Debatte zu beobachten.

Quelle: bzga.de

Datum: 12.09.2016 , 09.09.2016

Meldung: Am Rande vom „Deutschen Suchtkongress“ äußerte sich [Dr. Tobias Rütter](#) (Uniklinikum München) abwägend. Zwar könne die E-Zigarette manchen Rauchern „eine echte Alternative“ sein, jedoch plädiert er für weitere Forschungen, da die E-Zigarette nicht gänzlich unbedenklich sei. Ebenso seien die Liquid-Inhaltsstoffe unklar. Die Tabakindustrie sei nur auf den Trend „aufgesprungen“. Ihre Produkte (Cigalikes) hätten jedoch kein Entwöhnungspotenzial. Er betonte auch das Müllproblem der Cigalikes. Rütter ist kritisch ggü. der Tabakbranche. Er vermutet, dass sie versucht die E-Zigarette möglichst lange aufzuhalten.

Deutlich skeptischer äußerte sich dafür Prof. Dr. Teschler, ärztlicher Direktor an der Ruhrlandklinik, auf dem 10. Symposium Lunge. Sein Fokus lag dabei auf Nikotin.

Einordnung/Empfehlung: Rütters Aussagen bzgl. der Tabakbranche eignen sich, tabakkritische aber der E-Zigarette zugewandte Stakeholder in ihrer Position zu stärken. Da sich Rütter abwägend äußert, steht weniger der Verdacht der Voreingenommenheit im Raum. Das Video mit seinem Interview lässt sich gut via Info-Email an Multiplikatoren verteilen.

Quelle: esatum.de , blastingnews.com

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 15.09.2016 , 13.09.2016

Meldung: Die Analyse der Lobbymaßnahmen von E-Zigarettenunternehmen durch ein Team um den Tabak- und E-Zigarettenkritiker [Prof. Stan Glantz](#) (University of California) hat Analogien zum Tabaklobbying identifiziert. Den Autoren nach nutzt die E-Zigarettenlobby in den USA gleiche Ansätze (z.B. grassrootsing) wie Tabakfirmen. Der Eintritt von E-Zigarettenfirmen in die Debatte erschwert die Gesundheitsregulierung, so die Autoren. Ähnlich wie bei Tabak sei die lokal-regionale Ebene wichtig, um Lockerungen der Gesundheitspolitik zu verhindern.

Wissenschaftler um [Robert Jackler](#) (Stanford University) monieren die Werbung von E-Zigarettenfirmen: 23% der gesamten Werbung drehe sich um den Tabakstopp. 22 von 23 geprüften Firmen würden dieses Thema anführen. Jedoch mangle es an einer wissenschaftlich fundierten Basis für diese Aussagen.

Einordnung/Empfehlung: Die erste Studie gibt Hinweise über die Außenwahrnehmung der E-Zigarette. Sie rückt die E-Zigarette in die Nähe der umstrittenen Tabaklobby. Durch das Engagement von Tabakfirmen besteht in der Tat eine Überschneidung. Daher ist die Weiterführung der Abgrenzung zur Tabakbranche wichtig. Es wird empfohlen, die Unabhängigkeit

zur Tabakindustrie – das Alleinstellungsmerkmal des BfTG – noch stärker zu betonen. Dies kann z.B. mit den angedachten Firmenportraits umgesetzt werden.

Quelle: cancer.ucsf.edu , medicalxpress.com , onlinelibrary.wiley.com (Studie) , ajph.aphapublications.org (Studie)

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 18.09.2016 , 17.06.2016 , 16.09.2016

Meldung: Anlässlich der InterTabac äußerten sich Vertreter der Tabakwirtschaft zu den aktuellen Regulierungsvorhaben. Die Branche zeigt sich zuversichtlich und erwartet stabile Einnahmen. Laut dem Präsidenten des BTWE Rainer von Bötticher haben sich Bildwarnhinweise „schlichtweg nicht ausgewirkt“. Die Branche moniert vor allem das Werbeverbot. Dabei schlagen Repräsentanten wie Patrick Engels (VdR-Vorsitzender) alarmistische Töne gegen die „gesundheitspolitischen Geisterfahrer in der Bundesregierung“ an.

Posh Global forderte in diesem Kontext von Gesundheitsorganisationen und Politikern in Deutschland ein Umdenken im Hinblick auf die E-Zigarette nach internationalem Vorbild. Geschäftsführer Timo Baeyer plädiert „[...] stärker zwischen E-Zigaretten und Tabakzigaretten zu unterscheiden und die Gesellschaft entsprechend zu informieren.“

Dr. Ute Mons (DKFZ) widerspricht der Tabakindustrie: Es zeige sich sehr wohl in anderen Ländern, dass die Bildwarnhinweise etwas bewirken. Während der InterTabac demonstrierte Forum Rauchfrei erneut gegen die Messe – diesmal unterstützt von Transparency.

Einordnung/Empfehlung: Die Tabakwirtschaft übt sich in den herkömmlichen Botschaften zur Selbstbestätigung. Die Tonwahl provoziert weitere Abneigung in der Politik – auch zuungunsten der E-Zigarette. Zudem hat die Tabakbranche ein neues Glaubwürdigkeitsproblem: Während Bat gerade 900 Mitarbeiter in Bayreuth entlassen hat, bahnt der Konzern den [Kauf einer Tabakfabrik](#) in Bosnien an. Daher wird eine sachlich-verbindliche Kommunikation nebst sichtbarer aber dezent formulierter Absetzung von der Tabakbranche empfohlen.

Quelle: handelsblatt.com , tagesspiegel.de (Advertorial) , derwesten.de , finanznachrichten.de , stuttgarter-zeitung.de , forum-rauchfrei.de

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
26.09.2016	Veranstaltung über eine nationale Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz	SPD-Bundestagsfraktion	Berlin	spdfraktion.de
26.09.2016	Forum HANDEL 4.0 - Internationalisierung im E-Commerce	HDE	Berlin	hde.de
26./27.09.2016	Tagung zur Jugendhilfe (u.a. auch Suchtprävention)	AG Fachtagungen Jugendhilfe	Berlin	fachtagungen-jugendhilfe.de
27.09.2016	Parlamentarischer Abend der schleswig-holsteinischen Wirtschaft	Studien- und Fördergesellschaft der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e. V.	Berlin	stfg.de
28.09.2016	„Das britische EU Referendum – Auswirkungen des Votums“	Britische Handelskammer	Berlin	bccg.de
29.09.2016	SPD-Denkfabrik zum Wahljahr 2017	SPD	Berlin	spdfraktion.de
18.10.2016	Parlamentarischer Abend Brauerbund	Brauerbund	Berlin	brauer-bund.de
19.10.2016	Fachtagung zur E-Zigarette	Frankfurt UAS	Frankfurt a.M.	frankfurt-university.de
22.10.2016	Jahreshauptversammlung des ÄARG und ARG	Ärztlicher Arbeitskreis Gesundheit und Rauchen	Fulda	aerztlicher-arbeitskreis.de
27.10.2016	Gesprächsrunde zur „Negativliste“ Zusatzstoffe in Tabak und E-Zigaretten	BMEL	Berlin	schriftl. Einladung; Anmeldefrist bis 07.10.2016
05./06.11.2016	Tag der deutschen Industrie	BDI	Berlin	bdi.eu
07.11.2016	6. Deutschlandkongress von CDU und CSU (zu Sicherheit)	CDU, CSU	Berlin	cdu.de

Monitoringreport Nr. 30 (Kalenderwochen 37 und 38)

07.11.2016	Gesprächsveranstaltung mit EU-Kommissar Günther Oettinger	Berliner Wirtschaftsgespräche	Berlin	bwg-ev.net
07./08.11.2016	Publishers' Summit des VDZ	VDZ	Berlin	publishers-summit.vdz.de
09.11.2016	Jahrestagung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung (Schwerpunkt Internetsucht)	Drogenbeauftragte	Berlin	drogenbeauftragte.de
16.11.2016	KBV zur gesundheitspolitischen Weichenstellung vor der Wahl 2017	KBV	Berlin	kbv.de
16./17.11.2016	Deutscher Handelskongress	HDE	Berlin	hde.de
23.11.2016	„Wahljahr 2017: Was gehört auf die Agenda?“	Tagesspiegel	Berlin	agenda-konferenz.de
23.11.2016	Tagung „Neue Strategien zur Prävention chronischer Erkrankungen“	GKV, Kneipp Verband	Berlin	zukunft-praevention.de
30.11.-01.12.2016	Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle	DKFZ, ABNR	Heidelberg	dkfz.de
05.-07.12.2016	CDU-Bundesparteitag	CDU	Essen	Wir empfehlen, über die Präsenz vor Ort mit einem kleinen Stand nachzudenken.

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.